



KARL SCHIEWERLING MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Herrn Harald Thomé
Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e.V.
Rudolfstraße 125
42285 Wuppertal

Berlin, 19. November 2010

Per E-Mail

Sehr geehrter Herr Thomé,

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 14. Oktober 2010 an den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder MdB, mit denen Sie uns eine Stellungnahme des Tacheles e.V. zum Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII übersandt haben. Herr Kauder hat Ihre Nachricht einschließlich der Stellungnahme zuständigkeitshalber an mich weitergeleitet und mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Lassen Sie mich zu den von Ihnen dargestellten Änderungswünschen wie folgt Stellung nehmen:

1. „Normierung von Darlehen als Einnahme“

Tacheles e.V. kritisiert die in § 11 Absatz 1 Satz 1 SGB II-E vorgesehene Berücksichtigung von Einnahmen als Einkommen. Dabei wird Bezug genommen auf ein Urteil des Bundessozialgerichts vom 17. Juni 2010 – B 14 AS 46/09 R. Danach sind Privatarlehen nicht als Einkommen zu berücksichtigen, weil es insoweit an einem Vermögenszuwachs mangelt.

Tacheles e.V. verkennt dabei, dass sich die vorgesehene Regelung nicht auf Privatarlehen bezieht, sondern nur auf darlehensweise erbrachte Sozialleistungen (insbesondere Ausbildungsförderung nach dem BAföG und Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz „Meister-BAföG“).

Für diese Fallgestaltungen hat das Bundessozialgericht die Entscheidung ausdrücklich offen gelassen (Rdnr. 16, a.a.O.). Für die von Tacheles e.V.

CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 / 227-77538 / 73192
Telefax 030 / 227-76538
karl.schiewerling@bundestag.de

...
Wahlkreisbüro:
Münsterstraße 23
48249 Dülmen
Telefon (02594) 7827131
Telefax (02594) 7827133
karl.schiewerling@wk.bundestag.de

geschilderten Sachverhalte verbleibt es hingegen bei der durch das Bundessozialgericht entschiedenen Rechtslage.

2. „Kenntnis der Rechtsfolge bei Sanktionen“

Entgegen der Auffassung des Tacheles e.V. eröffnet die Neuregelung des § 31 SGB II-E, nach der es zukünftig auch möglich sein soll, eine Sanktion zu verhängen, wenn der Betroffene die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung kannte (ohne dass schriftlich hierüber belehrt wurde), willkürlichen Leistungskürzungen nicht „Tür und Tor“. Die Regelung stellt auch keine Abkehr vom Prinzip des Förderns dar.

Durch die Neuregelung wird in besonders gelagerte Ausnahmefällen die Möglichkeit eröffnet, auf den Nachweis einer schriftlichen Belehrung zu verzichten, weil die tatrichterliche Würdigung des Sachverhaltes ergeben hat, dass der Betroffene die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung ohnehin kannte. Damit bleiben die Funktionen der Rechtsfolgenbelehrung (Warn- und Beweisfunktion) erhalten. Vereinfacht werden nur die Anforderungen an den Nachweis darüber, dass der Betroffene die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung kannte. Das Erfordernis der positiven Kenntnis stellt anders als die (fahrlässige) Unkenntnis materiell-rechtlich eine hohe Hürde dar. Die tatrichterliche Würdigung orientiert sich an den Grundsätzen der Beweiswürdigung.

3. „Anrechnung Aufwandsentschädigung“

Tacheles e.V. kritisiert die vorgesehene Anrechnung von „Aufwandsentschädigungen“.

An dieser Stelle sind zwei Fallgestaltungen zu unterscheiden:

Echte Aufwandsentschädigungen (der Zahlung steht ein Aufwand gegenüber) bleiben auch künftig faktisch anrechnungsfrei. Handelt es sich um Leistungen auf Grund öffentlich-rechtlicher Vorschriften, die zu einem ausdrücklich genannten Zweck geleistet werden, sind sie nach § 11a Absatz 3 SGB II-E anrechnungsfrei. Ist dies nicht der Fall, ist die Einnahme stets um den tatsächlichen Aufwand zu mindern (§ 11b Absatz 1 Nummer 5 SGB II-E).

In den übrigen Fällen, insbesondere zum Beispiel bei der so genannten Übungsleiterpauschale, handelt es sich nicht um „Vergütungen“ für ehrenamtliche Tätigkeiten. Ehrenamtliche Tätigkeiten zeichnen sich dadurch aus, dass sie unentgeltlich ausgeführt werden. Die Steuerfreiheit nach § 3 Nummer 26 EStG bezieht sich deshalb auch auf „Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten“, zum Beispiel als Übungsleiter. Solche Einnahmen werden daher künftig systematisch korrekt als Einnahmen aus (nebenberuflicher) Erwerbstätigkeit behandelt. Es gilt insbesondere der in § 11b Absatz 3 vorgesehene „Grundfreibetrag“ von 100 Euro monatlich.

4. „Anrechnung von Aufwendungen für Tagesmütter“

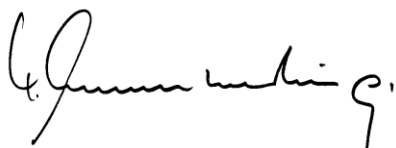
Die Berücksichtigung solcher Einnahmen, die auch steuerlich als Einkommen behandelt werden, ist systematisch korrekt. Tagespflege ist gleichzusetzen mit einer Erwerbstätigkeit. Insoweit wird die Tätigkeit als Tagespflegeperson derzeit gegenüber einer Arbeitnehmertätigkeit als Erzieherin privilegiert. Insbesondere bei der Betreuung mehrerer Kinder stehen den Einnahmen häufig Ausgaben in geringerer Höhe gegenüber, so dass eine Anrechnungsfreiheit nicht gerechtfertigt ist.

Soweit den Einnahmen tatsächliche Aufwendungen gegenüberstehen, werden diese selbstverständlich abgesetzt. Durch die Behandlung als selbständige Arbeit ist sichergestellt, dass auch größere Ausgaben innerhalb des Bewilligungszeitraums ausgeglichen werden können.

Aus den von Tacheles e.V. genannten Gründen ist in § 77 Absatz 2 SGB II-E eine Änderung der Rechtslage erst zum 1. Januar 2012 vorgesehen. Dadurch soll Zeit für die Qualifikation einer ausreichenden Anzahl von Tagespflegepersonen geschaffen werden. Die Richtigkeit der Aussagen von Tacheles e.V. unterstellt, würde dies im Übrigen bedeuten, dass alleinerziehende Personen derzeit nur deshalb als Tagespflegeperson tätig werden, weil die Einnahmen aus der Tagespflege als Einkommen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende privilegiert sind. Dies sollte aber nicht die einzige Motivation für eine solche Tätigkeit sein, zumal während dieser Tätigkeit die Aufnahme einer (anderen) Erwerbstätigkeit und damit die Überwindung von Hilfebedürftigkeit nicht möglich ist.

Ich hoffe, Ihnen mit meinen Ausführungen behilflich gewesen zu sein und möchte Ihnen für Ihre Anregungen nochmals herzlich danken.

Mit freundlichen Grüßen



Karl Schiewerling